

BGE 75 I 1

Bundesgericht (BGE), 1949-01-01, DE

Quelle: https://mcp.opencaselaw.ch/entscheid/bge_75_I_1

FR: ATF 75 I 1

IT: DTF 75 I 1

Volltext

LLF • LMF. LR • LResp.C. LTM: • LUFI. OG • OM • OMEF ORe. OSSC. PCF. PPF. RD • RLA • RLF • RRF. RTM: • StF. • Tar.LEF LF aul lavoro nelle fabbriche (1.8 Kiugno 1914). LF sulla protezionl delle marehe dl tahbrlca e di oommerclo, delle indi- caziom di provenienza di merel e delle distinzioni bidustriali (26 set- tembre 1890). LF aul rapport! di diritto eivile dei domiciliatl e del dimorantl (25 giugno 1891). LF suJ1a responsabilit  eivile delle imprese di strade ferrate e di piroasca  e delle poste (28 marzo 1905). LF sulla tassa d'esenzione dal servizio militare (28 giugno 1878). LF sull'utUizzazione delle forze idrauliche (22 dioonilire 1916). LF sull'organizzazione giudiziaria (16 dioombre 1943). OllCIUizzazione mllitare della Confederazione Svizzera (LF dei 12 aprile f907). Ordrlrumza ehe mitlga temporaneamente le disposizioni sull'esecuzione forzata (24 gennaio 1,941). Ordinanza aul registro di commercio (7 glugno 1937). Ordinanza sul servizio dello stato civile (1,8 maggio 1928). LF di procedura civile (4 dicembre 194.7). LF sulla procedura penale (1,5 giugno 1934). Regolamento d'esecuzione della legge federale sulle dogane dei I ottobre 1925 (10 luglio 1,926). Ordinanza d'eseeuzlone della legge federale del 15 marzo 1,932 sulla circolazione degH autoveicoli e dei veloeipedi (25 novembre 1932). Regolamento per l'applicazione deDa legge federale sul lavoro nelle -fabbrlche (3 ottobre 191,9). Regolamento per il registro fondiario (22 febbraio 1,91,0). . Regolamento d'esecuzione deDa legge federale sulla talsa d'esenzlone da! servizio militare (26 giugno 1934). LF sull'ordinamento dei funzionari federali (30 glugno 1927). Tarilfa ap.plicablle aHa legge federale sull'esecuzione e sul fallimento (13 aprile 194;8). f I, ! A. STAATSRECHT DROIT PUBLIC I. RECHTSGLEICHHEIT (RECHTSVERWEIGERUNG) EGALITE DEVANT LA LOI (DEN! DE JUSTICE) " 1. UrteU der 11. ZlvUabteilung als staatsrechtlicher Kammer vom 24. Febl'Uar 1949 i. S. Willimann gegen Vogel und Grau- b nden, Kantonsgerlchtsausschuss. BehtlJ,da,nerkenwung einer Ehefrau, RechtB ffnungsbegehren gegen den Ehemann: 80) als Schuldner, gemäss Art. 163,206 Z. 3 ZGB; b) als Verwalter des eingebrachten Frauengutes, gemäss Art. 2071 ZGB. Der Gläubiger hat darzutun, dass die Ehefrau in Vertretung der eheliohen Gemeinschaft gehandelt hat. Dies zu vermuten, bedeutet formelle Rechtsverweigerung gegenüber dem betriebenen Ehemann (Art. 82 SchKG. Art. 4 BV). Im Fall b) hat der Gläubiger ausserdem Zahlungsunfähigkeit des Ehemannes darzutun. Sinn und Tragweite von Art. 1631 ZGB. Reconnaissance de dette signee par une femme mariee, req.l.dte de mainree contre le man: a) oomme debiteur, en vertu des art. 163, 206 oh. 3 ce; b) oomme administrateur des a.pports de]80 femme, en vertu de l'art. 207 aI. 2 CC. Le orea.noier doit etablir que la. f~mme a agi oo~e representant . de l:uni?n oonjugale. Si le luge le presume, il oomet un dem de lustloe formel a.l'egard du mari poursuivi (art. 82 LP, 4 Ost.). Dans le oa.s b) le crea.noier doit prouver en outre l'insolvabilite du mari. Sens et portee de l'art. 163 801. 2 CC. Ricon08eimentO di debito firm,i:uo daUa moglie; domn,nd,a di rigetto contro il marito: a) oome debitore, in virth degli art. 163. 206 oifra 3 CC ; b) oome

a. mministratore degli apport~ della moglie in virth dell'a.rt. 207 cp. 2 CC. Il oreditore de;ve ?nnostra:re ohe la. moglie ha. agito qual.e rappr~nta.nte .d~ll um?n~ oo~ugaJe. Se il giudioe 10 presumJ, inoorre m un dnnego di glUst~a for- male nei' oonfronti deI marito escusso (art. 82 LEF, 4 CF). Nel caso b), il creditore deve inoltre provare l'insolvenza. del marito. Senso e portata dell'art. 163 cp. 2 CC. AB 75 I ~ 1949

2 Staatsreht. A. - Edmund Vogel, Bilderhändler in Zürich, nahm am 23. Januar 1948 bei Frau Rosa Willimann in Tiefenkastel eine Bestellung für zwei Heiligenbilder zum Preise von Fr. 70.---:- auf, lieferbar im August 1948 gegen Nachnahme. Am gleichen Tage bestellte Frau Willimann noch ein drittes Heiligenbild für Fr. 35.-, lieferbar im Oktober 1948. An die erste Bestellung zahlte sie Fr. 20.-, an die zweite Fr. 10.- an. Am selben Tage erklärte der Ehemann den Rücktritt vom Vertrag. Der Verkäufer ging jedoch darauf nicht ein. Im August 1948 sandte er die Bilder laut der ersten Bestellung gegen Nachnahme, und als diese nicht eingelöst wurde, betrieb er die Bestellerin, sowie deren Ehemann als Vertreter, für eine Forderung von Fr. 55.55 mit Zins und Kosten. B. - Der Ehemann der Bestellerin erhob Rechtsvor- schlag, « weil die Frau für diese Forderung nur mit ihrem Sondergut haftet wegen Überschreitung ihrer Befugnis zur Vertretung der ehelichen Gemeinschaft II. Der Gläubiger verlangte auf Grund des Bestellscheins provisorische Rechtsöffnung, die vom Kreisamt Alvaschein abgelehnt, vom Kantonsgerichtsausschuss dagegen mit Urteil vom 29. Oktober 1948 für den restlichen Kaufpreis von Fr. 50.- nebst Zins erteilt wurde. Den Erwägungen ist zu entneh- men: « Der Einwand in der Vernehmlassung der Be- schwerdebeklagten, der Kauf der Heiligenbilder stelle eine Überschreitung der Vertretungsbefugnis der Ehefrau dar, kann im Rechtsöffnungsverfahren nicht gehört werden. Gemäss Art. 82 Abs. 2 SchKG sind nämlich nur solche die Schuldanerkennung entkräftende Einwendungen zulässig, die der Betriebene sofort glaubhaft machen kann. Als solche qualifizieren sich vor allem die Einreden, die Art. 81 Abs. 1 SchKG nennt: nämlich Tilgung, Stundung und Verjäh- rung. Unzulässig aber erscheinen alle jene Einreden, dere~ Überprüfung tief ins materielle Recht hineinführt, weil eine umfassende materielle rechtliche Cognition mit der Summarität des Rechtsöffnungsverfahrens unvereinbar ist. Beim erhobenen Einwand aber trifft dies zu, da die per- Rechtsgleiohheit (Reohtsverweigerung). N° 1. 3 sönlichen Verhältnisse der Schuldnerin keineswegs geklärt sind und es der Rekursbeklagten nicht gelungen ist, sofort glaubhaft zu machen, dass durch die Bestellung der Bilder die Schlüsselgewalt überschritten wurde. » O. - Gegen dieses Urteil hat der mitbetriebene Ehemann staatsrechtliche Beschwerde erhoben. Er bezeichnet die Nichtberücksichtigung der von ihm erhobenen Einrede als willkürlich. Wenn die für deren Beurteilung massgebenden Verhältnisse sich im summarischen Verfahren nicht ab- klären lassen, müsse die Rechtsöffnung verweigert werden. Es sei dann Sache des Gläubigers, auf dem ordentlichen Prozesswege vorzugehen. Die gegenteilige Art der Beur- teilung würde den Ehemann der Willkür preisgeben. D. - Der Gläubiger hält die Beschwerde für aussichts- los. Der Kantonsgerichtsausschuss verweist auf die Be- gründung seines Urteils. Das Bundesgericht zieht in Erwägung: 1. - Die Schuldanerkennung (Bestellschein), auf die sich das Begehren um provisorische Rechtsöffnung stützt, ist von der Ehefrau ausgestellt. Damit sie auch hinsichtlich des eingebrachten Frauengutes, das vom Ehemanne zu vertreten ist, diesem gegenüber einen Ausweis für provi- sorische Rechtsöffnung darstelle, muss der Gläubiger dartun, dass eine sogenannte Vollschuld im Sinne von Art. 207 ZGB vorliege. Hier kommt unter diesem Gesichts- punkte nur eine in den Rahmen der Vertretungsmacht der Ehefrau fallende Verbindlichkeit gemäss Art. 163 ZGB in Frage, für die - aber Illli' subsidiär - nach

Art. 207 Abs. 2 ZGB das ganze Frauenvermögen haftet. Die Vorinstanz hat übersehen, dass es Sache des Gläubigers ist, dieses Fundament einer für den Ehemann verbindlichen, obwohl nicht von ihm unterzeichneten Schuldanerkennung geltend zu machen und hinreichend darzutun. Indem sie statt dessen die Bestreitung dieser Grundlage einer provisorischen Rechtsöffnung seitens des Ehemannes als Einrede auffasste, die er, weil « tiefins materielle Recht hinein-

Staatsrecht. führend », im summarischen Verfahren nicht sofort glaubhaft zu machen vermöge, hat sie eine formelle Rechtsverweigerung begangen. Art. 163 Abs. 2 ZGB steht dieser Betrachtungsweise nicht entgegen. Es soll danach nicht etwa jede von einer Ehefrau eingegangene Verbindlichkeit vermutungsweise als im Rahmen ihrer Vertretungsmacht liegend gelten, sondern der Gläubiger sich nur auf den Ansciliein berufen können, aus dem er allenfalls in guten Treuen auf solche Vertretungsmacht der Ehefrau schliessendurfte. Aber dass es sich so verhielt, gehört eben zu dem vom Gläubiger vorzubringenden und darzulegenden Fundament eines gegen den Ehemann zu stellenden Rechtsöffnungsbegehrens. Ist diese Grundlage nicht hinreichend dargetan, so ist das Rechtsöffnungsbegehren abzuweisen. Nur wenn sie bejaht wird, ist der betriebene Ehemann seinerseits auf sofort glaubhaft zu machende Einreden (und gegebenenfalls auf die Aberkennungsklage) angewiesen. 2. - Das angefochtene Urteil muss somit aufgehoben werden. Das kantonale Gericht wird unter Berücksichtigung des Gesagten neu über das Rechtsöffnungsbegehren zu entscheiden haben. Da die dem Rechtsvorschlag beigegebene Begründung nicht Verzicht auf andere Einreden bedeutet (Art. 75 SchKG), geschweige denn auf die im Rechtsvorschlag an und für sich enthaltene allgemeine Bestreitung, hat sich die Prüfung nicht etwa auf den hier erörterten Punkt zu beschränken. Es wird vor allem zu beachten sein, dass für Verbindlichkeiten, die die Ehefrau angeblich (oder wirklich) in Vertretung der ehelichen Gemeinschaft gemäss Art. 163 ZGB eingegangen ist, gar nicht ohne weiteres die Betreuung gegen sie als Schuldnerin und gegen den Ehemann hinsichtlich des eingebrachten Frauengutes zulässig ist. Nach Art. 206 Ziff. 3 ZGB haftet vielmehr für solche Verbindlichkeiten zunächst nur der Ehemann, der eben bei deren Eingehung durch die Ehefrau vertreten wurde. Nur wenn der Ehemann zahlungsunfähig ist, kann die Betreuung nach Art. 207 Abs. 2 ZGB in das Vermögen der Ehefrau gehen. Demgegenüber Gleichheit (Rechtsverweigerung). N° 2. mäss hat der Gläubiger, der ohne vorherige fruchtlose Betreuung gegen den Ehemann unmittelbar auf das Vermögen der Frau greifen will, in erster Linie Zahlungsunfähigkeit des Ehemannes geltend zu machen und darzutun (durch einen Ausweis über Verlustscheine oder dergleichen, sofern der betriebene Ehemann nicht etwa notorisch zahlungsunfähig sein sollte). Ob der Gläubiger mit solchen Vorbringen noch zu hören ist, nachdem er es nach den vorliegenden Akten bisher daran hat fehlen lassen, bestimmt sich nach dem kantonalen Prozessrecht. Demnach erkennt das Bundesgericht: Die Beschwerde wird gutgeheissen und der angefochtene Entscheid aufgehoben. 2. Arrêt du 31 mai 1949 dans la cause Vuadens contre Conseil d'Etat du canton de Geneve. Art. 13 APL. Que faut-il entendre par locaux «vacants» 1 Art. 13 BMW. Was sind «nicht benützte» Räume? Art. 13 DP A. Quali sono locali «non utilizzati»? A. - Louis Vuadens exploite un commerce de meubles a. la rue des Etuves N° 12, 8. Geneve. Le 10001 qu'il occupe au rez-de-chaussee s'etant revele insuffisant (il mesure 7 m. sur 4 environ), il a loue, en 1943, un appartement de trois pieces (deux chambres et cuisine) au premier etage du même immeuble. B. - Le 4 decembre 1948, la Commission communale competente l'informa qu'elle requisitionnait cet appartement en vertu des art. 14 et 17 APL. TI fit opposition, en invoquant notamment une infirmité

partielle des membres inferieurs qui l'0bJige a. avoir son depot 8, proximate immediate du magasin. La Commission ayant maintenu sa d~ision, il s'est

Export aus OpenCaseLaw (CC0). Verbindlich ist allein der vom erlassenden Gericht veröffentliche Originaltext. Quellen-URL siehe oben.